

EU-Umfrage unter Interessenträgern zum Thema Überregulierung (Gold-Plating)

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Einführung

Sehr geehrte(r) Unternehmensvertreter(in),

Vielen Dank, dass Sie uns dabei helfen, unnötige Hindernisse im EU-Binnenmarkt zu beseitigen, damit Ihre Geschäftstätigkeit reibungsloser und wirksamer wird. Dabei geht es vor allem darum, bis zum **15. September 2026 Beispiele für Fälle zu identifizieren, in denen EU-Unternehmen mit Überregulierung konfrontiert sind.**

Gemäß der im April 2026 angenommenen Mitteilung „[Ein einfacheres, klareres und besser durchsetzbares EU-Regelwerk](#)“ liegt eine Überregulierung vor, „*wenn ein Mitgliedstaat bei der Umsetzung oder Durchführung von EU-Recht in einem bestimmten Politikbereich einen breiteren Anwendungsbereich oder strengere Vorschriften oder Verpflichtungen einführt, die über die im EU-Rechtsakt festgelegten Anforderungen hinausgehen. Die Schaffung aufwändigerer Verfahren, als sie für die Umsetzung des EU-Rechts erforderlich sind, kann ebenfalls als Überregulierung angesehen werden.*“

Überregulierung bedeutet daher, dass **bei der Umsetzung und Durchführung nationaler Rechtsvorschriften die Anforderungen der EU-Rechtsvorschriften oder die Verwaltungspraxis überschritten** werden, wodurch den Betroffenen unnötige Komplexität, Kosten und Belastungen entstehen, ohne dass zwangsläufig gegen EU-Recht verstoßen wird (häufig als „übermäßige Umsetzung“ bezeichnet). **Überregulierung kann in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Formen annehmen**, z. B.:

- *Strenge Normen* (höhere Anforderungen/Standards, erweiterter Anwendungsbereich des EU-Rechtsakts, Sprach- und Sicherheitsanforderungen, Berichtspflichten, zusätzliche Kennzeichnungsanforderungen usw.);
- *Verwaltungsverfahren* (Zulassungs-, Mitteilungs- oder Genehmigungsanforderungen, parallele oder mehrfache Verfahren auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national), neue Dokumentenpflichten);
- *Auslegungsleitlinien* (strengere oder divergierende rechtliche Auslegungen von EU-Definitionen);
- *Durchsetzungsmaßnahmen* (strenge Sanktionen, aufwendige Informationsanforderungen, häufige Inspektionen).

Bitte geben Sie bei der Beantwortung dieser EU-Umfrage so genau wie möglich an, auf **welche Hindernisse Sie bei der Vermarktung Ihrer Produkte und der Erbringung Ihrer Dienstleistungen auf dem gesamten EU-Markt stoßen**. Dies kann Informationen über das Produkt/die Dienstleistung, die Zielländer/-regionen und Unterschiede bei der Umsetzung der EU-Vorschriften auf nationaler oder lokaler Ebene umfassen, die Ihre Geschäftstätigkeit erschweren und die Verfahren verlängern, komplexer oder kostspieliger machen.

Es ist wichtig, Ihre Ansichten und Erfahrungen einzuholen, um unnötige Belastungen und Kosten zu verringern, die sich auf Sie auswirken, wenn Sie im Binnenmarkt tätig sind. Vielen Dank im Voraus für **Ihre Antwort bis zum 15. September 2026**. Sie wird zu unserer [Vereinfachungsagenda](#) beitragen, einschließlich der Entwicklung eines Instrumentariums (Toolkit) für die Mitgliedstaaten, um ihnen dabei zu helfen, Überregulierung zu verhindern.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an GROW-SIMPLIFICATION@ec.europa.eu in der GD GROW, Referat B1 Planung und Vereinfachung.

Datenschutzerklärung

[GROW_B1_Privacy_Statement_for_gold-plating_survey_DPR-EC-01011_.pdf](#)

Über Ihr Unternehmen

Bitte teilen Sie uns weitere Informationen über Ihr Unternehmen und Ihren Tätigkeitsbereich mit.

* 1. Ihre **Organisation**

Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV)

* 2. **Betriebsgröße**

- ☐ **Kleinstunternehmen** mit bis zu 10 Beschäftigten und einem Umsatz oder einer Bilanzsumme von bis zu 2 Mio. EUR
- ☒ **Kleines** Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten und einem Umsatz oder einer Bilanzsumme von bis zu 10 Mio. EUR
- ☐ **Mittleres** Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten, einem Umsatz von bis zu 50 Mio. EUR oder einer Bilanzsumme von bis zu 43 Mio. EUR;
- ☐ **Großes** Unternehmen (250 oder mehr Beschäftigte)

* 3. **Tätigkeitsbereich** /Ihr industrielles Ökosystem

- ☐ Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie
- ☐ Lebensmittelindustrie
- ☐ Bauwesen
- ☐ Kultur- und Kreativwirtschaft
- ☐

- ☐ Digitales
- ☐ Energieintensive Industrien
- ☐ Gesundheit und Pflege
- ☐ Elektronik
- ☐ Mobilität, Verkehr, Automobilindustrie
- ☒ Lokal- und Sozialwirtschaft
- ☐ Erneuerbare Energie
- ☐ Einzelhandel
- ☐ Textil
- ☐ Tourismus

*** 4. Geben Sie Ihr wichtigstes Produkt/Ihr wichtigste Dienstleistung** an, damit wir besser verstehen, zu welchem Teilsektor Sie gehören.

Berufsverband und Interessenvertretung der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe in Deutschland. Vertretung insbesondere kleiner und mittelständischer Kanzleien.

*** 5. Hauptmitgliedstaat** Ihrer Geschäftstätigkeit. *Mehrfachauswahl ist möglich, wenn Sie auf den grenzüberschreitenden Charakter Ihrer Tätigkeit hinweisen möchten.*

- ☐ Österreich
- ☐ Belgien
- ☐ Bulgarien
- ☐ Kroatien
- ☐ Zypern
- ☐ Tschechien
- ☐ Dänemark
- ☐ Estland
- ☐ Finnland
- ☐ Frankreich
- ☒ Deutschland
- ☐ Griechenland
- ☐ Ungarn
- ☐ Irland
- ☐ Italien
- ☐ Lettland
- ☐ Litauen
- ☐ Luxemburg
- ☐ Malta
- ☐ Niederlande
- ☐ Polen
- ☐ Portugal
- ☐ Rumänien
- ☐ Die Slowakische Republik

- ☐ Slowenien
- ☐ Spanien
- ☐ Schweden
- ☐ Sonstiges

Wäre es möglich, sich **bei Bedarf mit Ihnen in Verbindung zu setzen**, um weitere Informationen zu erhalten?

- ☒ JA
- ☐ NEIN

*** Ihr Vor- und Nachname**

Florian Felix Schäfer

*** Ihre E-Mail-Adresse**

florian.schaefer@dstv.de

BESCHREIBUNG DER ERMITTELTEN ÜBERREGULIERUNGSPRAKTIKEN

7. Sind Sie in Ihrem Tätigkeitsbereich auf Gold Plating-Praktiken gestoßen?

- ☒ JA
- ☐ NEIN

*** 8. Bitte geben Sie an, auf welche **Kategorie(n)** von Überregulierung Sie gestoßen sind:**

- ☐ *Strengere Normen*: höhere Standards, z. B. zusätzliche materiellrechtliche Vorschriften (über die Merkmale des betreffenden Produkts und/oder der betreffenden Dienstleistung), die über die Anforderungen eines EU-Rechtsakts hinausgehen
- ☐ *Strengere Normen*: erweiterter Anwendungsbereich der auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene umgesetzten oder durchgeführten EU-Rechtsvorschriften
- ☐ *Strengere Normen*: strengere Fristen
- ☐ *Strengere Normen*: zusätzliche Sprach- und Sicherheitsanforderungen
- ☐ *Strengere Normen*: Berichtspflichten
- ☐ *Strengere Normen*: zusätzliche Sprach- und Sicherheitsanforderungen
- ☐ *Strengere Normen*: Zulassungs-, Notifizierungs-, Registrierungs- oder Genehmigungsanforderungen, die nicht durch einen EU-Rechtsakt vorgeschrieben sind
- ☐ *Strengere Normen*: unterschiedliche Schwellenwerte (Größe, Umsatz, Emissionen usw.)
- ☐ *Strengere Normen*: Aufhebung von Ausnahmen, die durch das EU-Gesetz erlaubt sind
- ☐ *Verwaltungsverfahren*: neue Dokumentenpflichten, einschließlich Genehmigungen, Mitteilungen, Auskunftersuchen
- ☐ *Verwaltungsverfahren*: parallele oder mehrfache Verfahren auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national)
- ☒

Auslegungsleitlinien: strengere oder divergierende rechtliche Auslegungen der EU-Definitionen

- ☐ *Durchsetzungsmaßnahmen:* strengere Sanktionen, aufwändige Informationspflichten, häufige Inspektionen
- ☐ *Sonstiges* [bitte unten erläutern]

* 9. Geben Sie den/die **Sektor(en)** an, für den/die dieser Fall von **Überregulierung** relevant ist.

- ☐ Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie
- ☐ Lebensmittelindustrie
- ☐ Bauwesen
- ☐ Kultur- und Kreativwirtschaft
- ☐ Digitales
- ☐ Energieintensive Industrien
- ☐ Gesundheit und Pflege
- ☐ Elektronik
- ☐ Mobilität, Verkehr, Automobilindustrie
- ☒ Lokal- und Sozialwirtschaft
- ☐ Erneuerbare Energie
- ☐ Einzelhandel
- ☐ Textil
- ☐ Tourismus

* 10. Geben Sie an, welches **Produkt oder welche Dienstleistung** von diesem Überregulierungsfall betroffen ist.

Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, insbesondere Rechtsberatung durch Steuerberater als unabhängige Organe der Steuerrechtspflege unter Wahrung des gesetzlichen Berufsgeheimnisses. Dieses ergibt sich insbesondere aus den allgemeinen Berufspflichten nach § 57 Abs. 1 StBerG, der Verschwiegenheitspflicht nach § 5 Abs. 1 BOSTB sowie dem strafrechtlichen Schutz nach § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

* 11. Geben Sie den/die **Mitgliedstaat(en)** an, in dem/denen Sie auf diese Praxis der **Überregulierung** gestoßen sind.

- ☐ Belgien
- ☐ Bulgarien
- ☐ Dänemark
- ☒ Deutschland
- ☐ Die Slowakische Republik
- ☐ Estland
- ☐ Finnland
- ☐ Frankreich
- ☐ Griechenland
- ☐ Irland
- ☐ Italien
- ☐ Kroatien
- ☐ Lettland

- ☐ Litauen
- ☐ Luxemburg
- ☐ Malta
- ☐ Niederlande
- ☐ Österreich
- ☐ Polen
- ☐ Portugal
- ☐ Rumänien
- ☐ Schweden
- ☐ Slowenien
- ☐ Spanien
- ☐ Tschechien
- ☐ Ungarn
- ☐ Zypern

12. Identifizieren Sie bitte den/die **anwendbaren EU-Rechtsakt(e), nationale(n) Maßnahme(n) oder Verwaltungspraktiken**, der/die von Überregulierung betroffen ist/sind; geben Sie nach Möglichkeit an, welche Behörde für den Erlass der Maßnahme zuständig ist.

Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Whistleblower-Richtlinie), insbesondere Art. 3 Abs. 3 Buchst. b sowie Erwägungsgrund 26, und die nationale Umsetzung durch das deutsche Hinweisgeberschutzgesetz, insbesondere § 5 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG.

13. Schätzen Sie die **Intensität und Häufigkeit**, mit der dieses Überregulierungsproblem Ihr Unternehmen belastet.

4

*** 14. Bitte geben Sie** zusätzliche Informationen an über diese Praxis der Überregulierung (Art der Belastung durch Überregulierung, Häufigkeit des Umgangs mit ihr, Auswirkungen auf Ihre Geschäftstätigkeit, geografischer Umfang, Zeitraum), mit der Sie bei Tätigkeiten in der EU konfrontiert sind.

Der unionsrechtliche Rechtsbegriff „legal professional privilege“ erfasst die besonders geschützte Kommunikation rechtsberatender Berufe mit ihren Mandanten, soweit diese einem gesetzlichen Berufsgeheimnis unterliegt. Abweichend von den stimmigen Übersetzungen des Begriffs in anderen EU-Gesetzgebungen verwendet die deutsche Sprachfassung der Whistleblower-RL den missverständlichen Begriff „anwaltliche Verschwiegenheitspflicht“. Bei der Umsetzung der Whistleblower-RL übernahm der deutsche Gesetzgeber im Wege der rein grammatikalischen Auslegung diese abweichende Übersetzung in § 5 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG. Dabei berücksichtigte er nicht die Systematik und Teleologie des in der englischen Originalfassung verwendeten Rechtsbegriffs „legal professional privilege“. Diese abweichende Übersetzung schließt Steuerberater in Deutschland unsachgemäß vom Berufsgeheimnis aus. Dies führt zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung rechtsberatender Berufe, schwächt die Rechtssicherheit beim Berufsgeheimnis und kann das besondere Vertrauensverhältnis zum Mandanten beeinträchtigen. Die nationale Umsetzung führte damit zu einer divergierenden und strengeren Auslegung des unionsrechtlichen Begriffs „legal professional privilege“ und stellt insofern einen Fall von Gold-Plating dar.

15. Bitte **teilen Sie uns mit, wenn Sie über eine ausführlichere Beschreibung des Problems verfügen**, z. B. ein Positionspapier, eine rechtliche Analyse oder eine Pressemitteilung.

Auswirkungen und Kosten von GOLD-PLATING AUF IHR UNTERNEHMEN

Bitte helfen Sie uns, die qualitativen und quantitativen Auswirkungen der oben genannten Überregulierung auf Ihr Unternehmenswachstum, die Bottom-line oder Expansionsmöglichkeiten zu verstehen. Bitte quantifizieren Sie nach Möglichkeit die Belastung einschließlich der direkten und indirekten Kosten. Selbst eine grobe Schätzung ist wertvoll; genaue Zahlen sind nicht erforderlich, solange eine Begründung vorgelegt wird. Weitere Einzelheiten zur Kostentypologie sind dem [Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung, S. 507, zu entnehmen](#).

16. **Wie hoch ist die Belastung** für Ihr Unternehmen?

- ☐ Geringfügige Unannehmlichkeiten
- ☐ Geringe Belastung
- ☐ Mäßige Belastung
- ☒ Erhebliche Belastung
- ☐ Erhebliches Hindernis für den Markteintritt oder die Geschäftstätigkeit

17. Welche Art(en) von **unmittelbaren Kosten** sind Ihnen infolge dieser Goldplating-Praktik(en) entstanden?

- ☐ **Anpassungskosten: Investitionen und Ausgaben** zur Anpassung Ihrer Tätigkeit aufgrund der Überregulierung
- ☐ **Verwaltungskosten** für die Erfüllung der Verwaltungspflichten
- ☐ **Behördliche Gebühren:** einschließlich Gebühren, Abgaben, Steuern usw.
- ☐ **Durchsetzungskosten** im Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorschriften (z. B. Überwachung, Inspektionen und gerichtliche Entscheidungen/Gerichtsverfahren)
- ☐ **Unnötige Wartezeiten, Verzögerungen oder überflüssige Rechtsvorschriften, die eine Beeinträchtigung darstellen.**
- ☒ Andere

18. Bitte **geben Sie alle sonstigen zusätzlichen direkten Kosten an, die** angefallen sind.

Zusätzlicher rechtlicher Prüfungs- und Beratungsaufwand infolge der Rechtsunsicherheit über das Verhältnis zwischen Hinweisgeberschutz und gesetzlichem Berufsgeheimnis.

19. **Wie viel Zeit, wenn überhaupt, wird in einem typischen Monat für die Erfüllung dieser zusätzlichen Anforderungen aufgewandt**, die sich aus nationalen Rechtsvorschriften oder Verwaltungspraktiken ergeben?

- * **20. Geben Sie bitte die oben genannten Kosten der Überregulierung an und/oder quantifizieren Sie sie (in EUR):** z. B. als Mehraufwand je Verkaufseinheit, jährliche Betriebsaufwendungen, Befolgungskosten (z. B. für rechtliche Analysen) oder Sonstiges.

Eine pauschale Quantifizierung ist nur schwer möglich. Im Einzelfall können jedoch zusätzliche Kosten für rechtliche Prüfungen, interne Abstimmungen und gegebenenfalls externe Beratung entstehen, um das Verhältnis zwischen Hinweisgeberschutz und Berufsgeheimnis rechtssicher zu beurteilen. Je nach Komplexität des Falls kann sich der Aufwand auf mehrere hundert bis mehrere tausend Euro belaufen.

21. Welche **Art(en) von indirekten Kosten** sind Ihnen infolge dieser Goldplating-Praktik(en) entstanden?

- ☐ **Indirekte Befolgungskosten** aufgrund der Tatsache, dass die Betroffenen die Rechtsvorschriften einhalten müssen
- ☐ **Kompensations-/Substitutionskosten im** Zusammenhang mit der Abhängigkeit von alternativen Bezugsquellen
- ☐ **Transaktionskosten bei der Neuverhandlung von Verträgen**
- ☐ **Opportunitätskosten** entgangener alternativer Investitionen
- ☐ **Negative Auswirkungen auf das Funktionieren des Marktes:** weniger Wettbewerb oder Marktzugang, weniger Innovation oder Investitionen.
- ☒ Andere

22. Bitte geben Sie alle **sonstigen zusätzlichen indirekten Kosten** an, die anfallen.

Beeinträchtigung des besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Steuerberater und Mandant sowie mögliche Zurückhaltung bei der Offenlegung sensibler Informationen im Mandatsverhältnis.

- * **23. Bitte geben Sie an, ob/wie sich die oben genannten Überregulierungspraktiken negativ auf Ihr Unternehmen auswirken, einschließlich indirekter Kosten in EUR,** z. B. aufgrund von Verzögerungen beim Markteintritt, Verlust von Verträgen/Chancen, verminderter Wettbewerbsfähigkeit oder Auswirkungen auf Ihre Entscheidung, in einen bestimmten Markt einzutreten/auf einem bestimmten Markt zu verbleiben.

Die Rechtsunsicherheit kann die vertrauensvolle Kommunikation zwischen Steuerberater und Mandant beeinträchtigen und dadurch auch die Qualität und Effizienz der steuerberatenden Tätigkeit negativ beeinflussen.

LÖSUNGEN

In diesem Abschnitt soll nachvollzogen werden, ob/wie Sie bereits versucht haben, das Problem anzugehen, und was das Ergebnis war.

24. Über welchen **Kanal/an welche Behörde** haben Sie sich gewandt, um Abhilfe zu schaffen?

- ☐ Nationale, regionale oder lokale Behörde
- ☐ Gerichte
- ☐ EU-Berichterstattungsinstrumente wie der Tracker für Binnenmarkthemmnisse oder Solvit
- ☐ Industrieverband oder Vertreter für öffentliche Angelegenheiten

- ☐ EU-Netzwerk zur Unterstützung von Unternehmen (z. B. EEN oder Industriecluster)
- ☐ Öffentliche Kommunikation, einschließlich sozialer Medien
- ☒ Andere
- ☐ Keine

25. Wie wurde das Ersuchen bearbeitet? Welche Organisation hat Ihnen dabei geholfen und welche Art von Maßnahmen/Lösungen haben sie angeboten/erbracht?

Ihre Antwort wird uns dabei helfen, bessere/schlechtere Praktiken zur Beseitigung von Überregulierung in verschiedenen Mitgliedstaaten zu ermitteln.

Interessenvertretung durch den Deutschen Steuerberaterverband e.V. (DStV) als Berufsverband. Die Problematik des Hinweisgeberschutzes und der Ungleichbehandlung rechtsberatender Berufe wurde wiederholt in Stellungnahmen und Gesprächen auf nationaler und europäischer Ebene aufgegriffen.

26. Welche andere **(n) Maßnahme(n) würden Sie begrüßen**, damit das Problem gelöst wird?

27. Haben Sie **Mitgliedstaaten identifiziert, die dieselben EU-Rechtsvorschriften auf weniger aufwendige Weise umgesetzt haben?**

Wenn ja, geben Sie bitte den/die Mitgliedstaat(en) und die wichtigsten festgestellten Unterschiede an.

Österreich hat den Ausnahmeschutz bei Meldungen im HinweisgeberInnenschutzgesetz bei vergleichbarer berufsrechtlicher Ausgangslage auch auf Wirtschaftsprüfer und Steuerberater erstreckt (§ 3 Abs. 6 Nr. 2 HinweisgeberInnenschutzgesetz). Dies zeigt, dass eine sachgerechte nationale Umsetzung möglich ist, die der Stellung der betroffenen Berufe der Rechtspflege im jeweiligen Mitgliedstaat angemessen Rechnung trägt. Die Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“ und dessen nationale Umsetzung dürfen insbesondere in Deutschland nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Steuerberatern und Rechtsanwälten beim Hinweisgeberschutz führen.

Contact

[Contact Form](#)

